



BRUNO ABÄCHERLI
Der Giswiler Landwirt hat auf dem Dach seines Stalles eine grosse Solaranlage bauen lassen. Seite 21

OBWALDEN

NIDWALDEN

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

Abstimmung in Engelberg

Urnengang wirft hohe Wellen

Die Vorlage zum neuen Abfallreglement bewegt in Engelberg die Gemüter. Und beim Kanton liegt eine Beschwerde.

VON GERI WYSS

Wie geht es mit der Kehrichtentsorgung in Engelberg weiter? Diese Frage beschäftigt das Talvolk schon länger (siehe Kasten). Am Sonntag, 17. Mai, kommt nun ein neues Abfallreglement an die Urne. Es basiert auf dem Alleingang der Gemeinde. Denn mit der Annahme der Einzelinitiative von Arnold J. Zeugin am 25. November 2007 hat eine knappe Zweidrittelmehrheit der Stimmbürger beschlossen, dass Engelberg aus dem Entsorgungszweckverband Obwalden austreten soll.

Mehrkosten wegen Alleingang

Das Abfallreglement sieht neue Routen und mehr Sammelstellen in den Aussenquartieren vor. Arnold Zeugin hatte seine Initiative auch deshalb gestartet, weil «die Versorgung der Aussenquartiere in den vergangenen Jahren massiv abgebaut worden ist», wie er sagt. Die Verbesserung hat laut Abstimmungsbotschaft aber auch ihren Preis. Sie führt zu einmaligen Mehrkosten von 324 000 Franken. Dazu kommen jährliche Mehrkosten von 100 000 Franken. Zudem muss Engelberg dem Entsorgungszweckverband Obwalden wegen des Austritts Schadenersatz von total 758 000 Franken für die Dauer von sieben Jahren zahlen. Insgesamt verteuert sich die Abfallentsorgung gegenüber heute für die ersten sieben Jahre um durchschnittlich 28 Prozent, heisst es in der Botschaft. Selbst danach komme die Entsorgung noch 15 Prozent teurer zu stehen als jetzt. Berechnet wurde dies aufgrund der Offerten während der Submission. Der Gemeinderat ergänzt aber, dass es sich um voraussichtliche Werte handle.

Die Zahlen polarisieren

Der Einwohnergemeinderat empfiehlt also hauptsächlich mit dem Argument der Mehrkosten ein Nein zum auf den Vorgaben von Arnold Zeugin ausgearbeiteten Abfallreglement. Und ge-



Robert Infanger und Peter Hurschler entladen einen Container. BILD CORINNE GLANZMANN

nau die Kosten sind es, die jene, welche am Sonntag ein Ja in die Urne legen wollen, teilweise anzweifeln. Entsprechende Vorwürfe erscheinen in Inseraten im Engelberger Anzeiger von gestern. Darauf wird der Gemeinderat in Form einer Richtigstellung reagieren, wie er gestern auf Anfrage bekannt gab.

Es bleibt beim Austritt

Zudem ist eine Beschwerde bei der Obwaldner Justizverwaltunghängig.

Justizverwalter André Blank bestätigt deren Eingang Anfang dieser Woche. Die Beschwerde werde nun geprüft. Wegen des laufenden Verfahrens war zum Inhalt nichts zu erfahren. Der Entscheid kann laut André Blank vor oder nach der Abstimmung fallen. Dieser hänge unter anderem auch davon ab, wie kurzfristig die Beschwerde eingereicht worden ist. «In der Praxis aber werden Abstimmungen selten verschoben.»

EXPRESS

- ▶ Engelberg stimmt über ein neues Abfallreglement ab.
- ▶ Der Urnengang hat eine Beschwerde provoziert.

In der Botschaft zeichnet der Gemeinderat die Szenarien je nach Resultat. Bei einem Ja tritt das neue Abfallreglement mit dem verbesserten Angebot, aber auch den Mehrkosten in Kraft. Ein Nein führt dazu, dass die Kehrichtentsorgung so wie heute weiterläuft bis zur Vorlage eines neuen Konzeptes durch den Einwohnerratsrat Engelberg. Der Entsorgungszweckverband Obwalden hat der Gemeinde zugesichert, bis Ende 2009 den Abfall noch zu entsorgen. Der Austritt aus dem Verband bleibt beschlossene Sache. Wann er erfolgt, ist noch unklar.

KEHRICHTENTSORGUNG

Der Wurm ist drin

Die Abfallentsorgung in Obwalden wird durch den Entsorgungszweckverband (EZV) Obwalden gewährleistet. 2006 reichte alt Kantonsrat Arnold J. Zeugin eine Einzelinitiative ein, die den Austritt von Engelberg aus dem EZV forderte. 60 Prozent der Stimmbürger sagten am 25. November 2007 Ja dazu. Daraufhin erhielt Arnold Zeugin von der Einwohnergemeinde das Mandat, mit dem EZV über den Austritt zu verhandeln und ein Konzept für eine Engelberger Lösung auszuarbeiten. Gegen die öffentlich ausgeschriebene Kehrichtentsorgung ging vor etwa einem Jahr beim Verwaltungsgericht eine Beschwerde ein. Im Juli entzog der Gemeinderat Arnold Zeugin das Mandat. Er stützte sich unter anderem auf das Verwaltungsgericht, welches die Beschwerde gutgeheissen hatte. Deshalb musste auch die Submission nochmals erfolgen. Sie führte zu den Zahlen in der Abstimmungsbotschaft. Wie schon vor der Abstimmung zur Initiative Zeugin werden die Zahlen teilweise angezweifelt. wy

KOMMENTAR

Frage des Vertrauens

Das Thema Kehrichtentsorgung in Engelberg ist emotional aufgeladen. Es gibt Leute, welche die Informationen des Gemeinderates anzweifeln. Dieser argumentiert – wie früher schon –, dass ein Engelberger Alleingang auf jeden Fall teurer komme als die heutige Lösung mit dem Entsorgungszweckverband. Er sieht seine Aussage durch die erfolgte Submission bestätigt. Die Zahlen basieren aber auf voraussichtlichen Werten.

Genau diesen Zahlen glauben Befürworter der Vorlage vom 17. Mai nicht, wie aus Inseraten im «Engelberger Anzeiger» hervorgeht. Und es stehen Vorwürfe im Raum, dem Gemeinderat fehle es an Willen, das Ja zum Austritt aus dem Entsorgungszweckverband umzusetzen. Nun muss sich auch noch die kantonale Justizverwaltung kurz vor dem Urnengang mit einer Beschwerde befassen. Der Entscheid steht noch aus.

Keine ideale Ausgangslage für die Stimmbürger, sich eine klare Meinung für den Urnengang zu bilden. Welche Zahlen stimmen? Was genau passiert bei einem Ja, was bei einem Nein? Welche Wirkung wird der Beschwerde-Entscheid haben?

Sachliche und für jeden Bürger überprüfbare Informationen täten Not. Sonst wird wohl eher aus dem Bauch oder gar nicht abgestimmt. Die Frage, wem die Engelberger mehr vertrauen, wird über das Abfallreglement Engelberg entscheiden.

GERI WYSS
geri.wyss@neue-nz.ch

Abstimmung in Stans

Mehrere Hürden für Einheitsgemeinde

Tun es die Stanser den Ennetmoosern gleich und nehmen Kurs in Richtung Einheitsgemeinde? Eine Prognose ist schwierig. Der Entscheid fällt am 17. Mai.

VON OLIVER MATTMANN

Zieht man die Meinungen der Stanser Parteien herbei, dann ist ziemlich klar: Gemeinde- und Schulrat sollen bei der Gemeindeordnung über die Bücher mit dem Ziel, die politische und die Schulgemeinde zusammenzulegen (siehe Box). Nur: Das letzte Wort dazu haben nicht die Politiker, sondern die Stimmbürger an der Abstimmung vom 17. Mai. Eine (nicht repräsentative) Umfrage unter den Lesern dieser Zeitung hat vor kurzem gezeigt: 67 Prozent sind für die Überprüfung der Gemeindeordnung. Daraus eine Tendenz abzuleiten, wäre aber verfehlt. Auch weder Gemeindepräsidentin Beatrice Richard-Ruf noch Schulpräsident Peter Odermatt wagen sich im Vorfeld der Abstimmung auf die Äste hinaus. «Eine Resultatprognose abzugeben, ist sehr schwierig», sagen beide. Peter Oder-

matt fügt aber an: «Ich bin froh, wenn es ein eindeutiges Resultat gibt. Dann wissen wir alle, woran wir sind.»

Nicht vorgespart

Dem Schulpräsidenten wäre es noch so recht, wenn der Anteil an Nein-Stimmen deutlich überwiegen würde. Unlängst hat der Stanser Schulrat zu verstehen gegeben, dass er einer Zusammenlegung nur wenig Positives abgewinnen könne. Der Gemeinderat andererseits sieht in einer Einheitsgemeinde durchaus mögliche Vorteile und wehrt sich nicht gegen eine vertiefte Analyse, ob sich diese bewahren werden beziehungsweise die heutige Gemeindestruktur tatsächlich einer Neuorganisation bedarf.

Nach welchen Kriterien diese Analyse gemacht würde und wie viel diese kostet, kann Gemeindepräsidentin Beatrice Richard-Ruf zum jetzigen Zeitpunkt (noch) nicht sagen. Sie will dem

Abstimmungsergebnis vom übernächsten Sonntag nicht vorgreifen: «Wir haben diesbezüglich keine Vorarbeiten geleistet. Die nehmen wir erst auf, wenn uns das Stimmvolk den Auftrag dazu erteilt.»



«Vorarbeiten nehmen wir erst auf, wenn uns das Volk den Auftrag dazu erteilt.»

BEATRICE RICHARD-RUF,
GEMEINDEPRÄSIDENTIN STANS

Heute eine Insel
Fest steht aber: Die Behörden müssten bei einem positiven Abstimmungsergebnis das Rad nicht neu erfinden. Denn sämtliche Kantone in der Zentralschweiz kennen das Modell der Einheitsgemeinden – ausser eben Nidwalden, das in dieser Hinsicht noch eine Insel ist. «Durch die jährlichen Treffen der Gemeinderäte der Urschweizer Hauptorte haben wir zum Teil Kenntnis, wie sie ihre Organisation aufgezogen haben», sagt auch Beatrice Richard-Ruf. Schweizweit kennen sogar 20 der 26 Kantone die Organisationsform der Einheitsgemeinde. Im Kanton Zürich ist dieser

Wechsel bei den Gemeinden seit einiger Zeit im Gang.

Bei Nein bleibt alles beim Alten

Auf rechtlicher Ebene sollte den Einheitsgemeinden in Nidwalden nichts im Weg stehen. Laut kantonalem Volksschulgesetz ist es möglich, die Schulgemeinde aufzuheben und deren Aufgaben dem Gemeinderat beziehungsweise einer zu wählenden Schulkommission zu übertragen.

Soweit ist man in Stans aber noch nicht. Bis zu einer Einheitsgemeinde ist es ein langer Weg. Gibts am 17. Mai ein Ja, wird eine neue Gemeindeordnung mit der Fusion der beiden Körperschaften ausgearbeitet. Diese hat dann nochmals zwei Hürden zu nehmen: die Beratung an der Gemeindeversammlung im Frühjahr 2010 und die Urnenabstimmung, voraussichtlich im Herbst desselben Jahres. Erst dann würde die Einheitsgemeinde im 2011 und 2012 umgesetzt. Theoretisch ist bei der finalen Abstimmung aber auch ein Nein möglich, und alles bliebe beim Alten. Daran glaubt Schulpräsident Peter Odermatt allerdings nicht: «Ist der Prozess einer neuen Gemeindeordnung und die Auflösung der Schulgemeinde einmal in Gang gesetzt, gibts keine Rückkehr mehr. Die Weichen werden jetzt gestellt.»

EINHEITSGEMEINDE

Parteimeinungen deuten auf Ja hin

Als letzte Ortspartei hat die CVP Stans ihre Parole zur Abstimmung vom 17. Mai gefasst. «Wir sind grossmehrheitlich dafür, dass die Gemeindeordnung überprüft wird und empfehlen deshalb, ein Ja einzulegen», sagte Präsident Micha Heimler gestern auf Anfrage. Dies heisse aber nicht, dass man per se für die Einheitsgemeinde sei. Wenn sich aber bei der Überprüfung herausstelle, dass die Zusammenlegung der richtige Weg ist, kann sich Heimler durchaus vorstellen, dass die CVP dann bei der Abstimmung 2010 die Schaffung der Einheitsgemeinde unterstützen wird.

Keine Empfehlung der Grünen

Wie die CVP sprechen sich auch die FDP, SP und SVP dafür aus, die Gemeindeordnung unter die Lupe zu nehmen und die Zusammenlegung ins Auge zu fassen. Nur die Grünen konnten sich zu keiner Abstimmungsempfehlung durchringen.

om